

Felix Heidenreich

Nachhaltigkeit

und

Demokratie

Eine politische Theorie
suhrkamp taschenbuch
wissenschaft

suhrkamp taschenbuch
wissenschaft 2388

Was bedeutet das Ziel der Nachhaltigkeit für unsere Demokratie? Angeblich besteht ein Gegensatz zwischen dem Anspruch auf individuelle Freiheit einerseits und der ökologischen Notwendigkeit der kollektiven Selbstbeschränkung andererseits. Um einen Weg aus diesem vermeintlichen Dilemma aufzuzeigen, greift Felix Heidenreich in seinem grundlegenden Buch auf die republikanische Tradition der Demokratietheorie zurück. Wo der Liberalismus die Freiheit als individuelle Ungebundenheit feiert, konzipiert der Republikanismus Freiheit als kollektive Selbstbindung. Demokratie besteht dann nicht darin, einem Minimum an Regelungen unterworfen zu sein, sondern sich selbst als Koautor:in kollektiver Selbstbindungen zu verstehen, die den Aufbau nachhaltiger Lebenswelten ermöglichen.

Felix Heidenreich ist wissenschaftlicher Koordinator am Internationalen Zentrum für Kultur- und Technikforschung (IZKT) der Universität Stuttgart und chercheur associé am CEVIPOF in Paris. Zusammen mit Angus Nicholls hat er im Suhrkamp Verlag herausgegeben: Hans Blumenberg, *Präfiguration. Arbeit am politischen Mythos* (2014).

Felix Heidenreich
Nachhaltigkeit
und Demokratie
Eine politische Theorie

Suhrkamp

Erste Auflage 2023
suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2388
Originalausgabe
© Suhrkamp Verlag AG, Berlin, 2023
Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch
eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining
im Sinne von § 44b UrhG vor.
Umschlag nach Entwürfen
von Willy Fleckhaus und Rolf Staudt
Druck und Bindung: C. H. Beck, Nördlingen
Printed in Germany
ISBN 978-3-518-29988-3

www.suhrkamp.de

Inhalt

Vorwort	7
1 Einleitung: Unser Haus brennt	9
1.1 Nachhaltigkeit – demokratieneutral?	12
1.2 Nachhaltigkeit: technisch, kulturell, lebensweltlich ..	18
1.3 Zwei Szenarien: Absturz oder weiche Landung	22
1.4 Ziel, methodische Vorbemerkungen und Struktur des Buches	27
2 Warum geschieht so wenig? Fünf idealtypische Antworten	35
2.1 Antwort 1: Fernstenethik als Moral für die technisierte Welt (Jonas)	36
2.2 Antwort 2: Ausdifferenzierung und Umweltwahrnehmung (Luhmann)	42
2.3 Antwort 3: Wettbewerb und der kollektive Tod der Trittbrettfahrer	45
2.4 Antwort 4: Verhaltensökonomik und Sozialpsychologie	51
2.5 Antwort 5: Kulturelle Fehlhaltungen und die sozial- philosophische Kritik des expressiven Individualismus ..	55
2.6 Welche Antworten überzeugen? – ein Zwischenfazit	61
3 Der Begriff der nachhaltigen Lebenswelt	64
3.1 »Lebenswelt« in der Philosophie und der Soziologie ..	64
3.2 Exkurs: Die Lebenswelt – »unbewusst«?	75
3.3 Lebenswelt als interagierendes Ensemble dreier Elemente	78
3.4 Die technisch-materielle Gestaltung von Lebenswelten	83
3.5 Das Politische als Gestaltung von Lebenswelten	90
4 Die »große Transformation«: liberal oder republikanisch?	95
4.1 Zwei Grammatiken politischen Denkens	95
4.2 Gestaltung von Lebenswelten: liberal oder republikanisch?	104
4.3 Warum Nachhaltigkeit nicht liberal zu organisieren ist	107
5 Der Republikanismus der Nachhaltigkeit	115
5.1 Statischer versus dynamischer Republikanismus	117
5.2 Nachhaltige Freiheit	120

5.3 Politisierung: Regelungsausweitung erzwingt höhere Input-Legitimation	137
5.4 Partizipation und Nachhaltigkeit trotz Komplexität und Distanz	139
5.5 Drei mögliche Strategien: Recht, Expertenbeiräte, Bürgerräte	144
5.6 Expertokratie, Meritokratie, Demokratie	166
6 Die autopaternalistische Regierung des Verhaltens: Drei Anwendungsfelder	170
6.1 Verbraucherdemokratie: Politik des nachhaltigen Konsums	170
6.2 Die Macht des Möglichen: Nachhaltige Mobilität gestalten	182
6.3 Digitale Lebenswelten für Nachhaltigkeit	194
6.4 Wie lässt sich die Theorie nachhaltiger Lebenswelten »anwenden«?	219
7 Schluss: Governance, Gouvernamentalität und Demokratie der Nachhaltigkeit	222
7.1 Nachhaltigkeitsdiskurs zwischen der Politik und dem Politischen	224
7.2 Das Subjekt in der Gouvernamentalität der Nachhaltigkeit	228
7.3 Demokratie der Nachhaltigkeit, Nachhaltigkeit der Demokratie	237
Dank	242

Vorwort

Als Greta Thunberg am 20. August 2018 einen »Schulstreik für das Klima« ausrief, begann eine neue globale Bewegung. Thunberg formulierte in kompromissloser Schärfe, was alle wussten oder wissen konnten: dass der globale Ressourcenverbrauch des Menschen für die Biosphäre untragbar ist und der in zahllosen Reden beschworene Umstieg auf einen nachhaltigen Lebenswandel so schnell wie möglich vollzogen werden muss. Zwar war dieser Aufruf an uns alle als Individuen adressiert, aber richtig ist auch, dass die daraus entstandene *Fridays-for-Future*-Bewegung zum *politischen* Handeln aufruft, zu Entscheidungen, die nicht nur individuell, sondern *kollektiv bindend* sind. Auch wenn seit Januar 2020 die Corona-Pandemie die öffentlichen Debatten dominierte und seit Februar 2022 mit dem Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine eine weitere akute Krise die öffentliche Aufmerksamkeit in Beschlag nimmt, dürfte unstrittig sein, dass die langfristig größte Herausforderung für die Politik darin besteht, den Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Lebensweise zu gestalten. Weniger konsensfähig ist indes die These, dass diese Transformation umfassende Folgen für die Praxis und den Begriff der Demokratie impliziert.

In diesem Buch möchte ich den Versuch unternehmen, diese Implikationen zumindest zu skizzieren. Dazu werde ich relevante Einsichten und Forschungsergebnisse aus sehr verschiedenen Wissens- und Forschungsfeldern zusammenführen und zur Beantwortung der Frage, was der Umbau hin zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise für die Vorstellungen und Praktiken der Demokratie bedeutet, synthetisierend verwenden. Dies nötigt zu einer inter- beziehungsweise transdisziplinären Arbeitsweise, ohne dass damit der Anspruch auf Stringenz und Konsistenz, der mit der Ausbildung spezifischer Methoden seit der neuzeitlichen Ausdifferenzierung der Wissenschaften verbunden ist, verabschiedet wird: Inter- und Transdisziplinarität darf nicht zur Disziplinlosigkeit werden. Und dennoch zwingt das Thema dazu, über Fächergrenzen hinweg zu denken.

Dass die Frage, wie Nachhaltigkeit und Demokratie auszu-söhnen sind, nur in einem Zugang zu behandeln ist, der verschiede-

ne methodische Ansätze zu Rate zieht, ist unmittelbar einleuchtend. Gerade die Komplexität und die Fülle des potenziell diskutierbaren Materials verführt nicht selten dazu, auch die Antwort sehr umfangreich ausfallen zu lassen. Ohne dieses Vorgehen kritisieren zu wollen, will ich im Folgenden doch einen anderen Weg beschreiten: nicht den einer im Doppelsinn *erschöpfenden* Diskussion des komplexen Themas, sondern den der Verdichtung. Dies führt dazu, dass Aussparungen und zusammenfassende Querverweise unvermeidlich werden und in vielen Fällen auf die ausführliche Darstellung von Argumentationen in vorliegenden Publikationen verwiesen werden muss. Den Leserinnen und Lesern soll auf diese Weise eine möglichst klare und lesbare Auseinandersetzung mit dem Thema geboten werden.¹

1 Das zum Zweck der leichteren Lesbarkeit verwendete generische Maskulinum schließt selbstverständlich alle Leser:innen ein.

I

Einleitung: Unser Haus brennt

Mit zunehmender Vehemenz machen sich die Anzeichen und Vorboten einer fundamentalen Krise bemerkbar, die in den Peripherien der Weltgesellschaft schon jetzt dramatische Ausmaße annimmt. Aber auch in den OECD-Ländern sind die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels in Gestalt extremer Wetterlagen, neuer Formen der Klimamigration, der Ausbreitung tropischer Krankheiten in der gemäßigten Zone und zahlreicher anderer Indikatoren nicht zu übersehen.¹ Es besteht kein Zweifel mehr: Unser Haus brennt. Verfalls- und Untergangsszenarien, die ihrerseits die Emotionalisierung und den Populismus befördern, haben Hochkonjunktur. Der Umbau hin zu einer anderen Form des Wirtschaftens und Lebens wird allseits beschworen und gefordert, auch wenn die Konkretisierungen nur langsam vorankommen. Die keineswegs neue »unbequeme Wahrheit« (Al Gore) lautet: Der Ressourcenverbrauch, der Lebensstil, die Konsumgewohnheiten der »Ersten Welt« sind erkennbar nicht nachhaltig.

Die Wissenschaft hat durchaus reagiert. Längst entstehen mit den Transformationswissenschaften und der Nachhaltigkeitswissenschaft² eigene Disziplinen, Fachgebiete und Studiengänge, die sich meist in einem transdisziplinären Rahmen damit beschäftigen, wie ein Umbau hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft möglich ist.³ Allerdings stehen sie häufig tief im Feld der Klima-, Landwirtschafts-, Mobilitäts- und Energiepolitik und beschäftigen sich hauptsächlich mit »empirischen« Themen wie etwa Wasserversorgung, Urbanisierung oder demografischem Wandel, so dass weder

1 Es ist bezeichnend, dass der 2006 publizierte *Stern-Report* des ehemaligen Chefökonom der Weltbank Nicholas Stern besondere Aufmerksamkeit auf sich zog, weil er die ökonomischen Kosten des Klimawandels auf 5 % des weltweiten Brutto-sozialprodukts bezifferte.

2 Vgl. die ausführliche Darstellung in: Harald Heinrichs, Gerd Michelsen (Hg.), *Nachhaltigkeitswissenschaften*, Berlin, Heidelberg 2014.

3 Einen hilfreichen Überblick mit aktuellen Informationen zu hochschulpolitischen Fragen bietet das Portal (www.nachhaltigewissenschaft.de), letzter Zugriff am 16. 7. 2022.

Raum noch Zeit bleibt für die Bearbeitung der grundlegenden demokratiethoretischen Fragen: Wie lassen sich Nachhaltigkeit und Demokratie aussöhnen? Wie lässt sich die Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft so gestalten, dass normative Ansprüche an unser Gemeinwesen weder durch einen ökologischen Nanny-State noch durch eine Expertokratie ausgehöhlt werden? Wie passen Nachhaltigkeit und Demokratie zusammen? Es liegt nahe, ihre Beantwortung der Politikwissenschaft und der Politischen Theorie zu übertragen, die sich jedoch nach wie vor primär auf begriffliche Grundlagen oder ideengeschichtliche Entwicklungen konzentrieren und bestenfalls am Rande für die praktische Seite nachhaltiger Entwicklung interessieren.

Dass die Problemstellung nach einer systematischen Begegnung von Theorie und Empirie verlangt, liegt auf der Hand.⁴ Bereits die Idee der nachhaltigen Entwicklung hat einerseits eine empirisch messbare, deskriptiv operationalisierbare und nüchtern analysierbare Dimension und andererseits den Charakter eines moralischen oder sozialen Telos, einer »regulativen Idee« im Sinne Kants, einer performativ zu affirmierenden Richtschnur.⁵ Gerade auf einer abstrakten Ebene besteht ein erstaunlich breiter, in zahllosen Par-

4 Einen Meilenstein für die systematische Integration des Nachhaltigkeitsthemas nicht nur in die Policy-Forschung (wo Umweltschutzpolitik natürlich seit ihren Anfängen wissenschaftlich begleitet wurde), sondern in die Politische Theorie stellt vor diesem Hintergrund das *Oxford Handbook of Environmental Political Theory* dar: Tina Gabrielson u. a. (Hg.), *The Oxford Handbook of Environmental Political Theory*, Oxford 2016. Vgl. auch: Dieter Birnbacher, May Thorseth (Hg.), *The Politics of Sustainability. Philosophical Perspectives*, London 2015. Für die deutschsprachige Debatte besonders bedeutsam: Suzanne Schüttemeyer (Hg.), *Politik im Klimawandel. Keine Macht für gerechte Lösungen?*, Baden-Baden 2011. Und erst kürzlich ist erschienen: Basil Bornemann, Henrike Knappe, Patrizia Nanz (Hg.), *The Routledge Handbook of Democracy and Sustainability*, London 2022. Leider konnte ich diesen wichtigen Band nicht mehr berücksichtigen.

5 Die Mehrdimensionalität des Begriffs »Nachhaltigkeit« wird deutlich bei: Ortwin Renn, Jürgen Deuschle, Alexander Jäger, Wolfgang Weimer-Jehle, *Leitbild Nachhaltigkeit. Eine normativ-funktionale Konzeption und ihre Umsetzung*, Wiesbaden 2007. Vgl. auch: Armin Grunwald, Jürgen Kopfmüller, *Nachhaltigkeit. Eine Einführung*, Frankfurt/M. 2012. Ich lege im Folgenden die klassische Definition des Brundtland-Berichts (*Our Common Future*) der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung von 1987 zugrunde, wonach eine nachhaltige Entwicklung dann gegeben ist, wenn die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne künftigen Generationen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse unmöglich zu machen.

teiprogrammen, Sonntags-, Kirchentags- und Parlamentsreden beschworener Konsens darüber, dass der Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung die zentrale Herausforderung der entstehenden Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert darstellt.

Gerade der konsensuale Charakter des Ideals »Nachhaltigkeit« sollte indes zu denken geben. Längst ist »Nachhaltigkeit« als Topos oder bloße Phrase selbst zum Objekt empirischer Forschungen der Linguistik geworden.⁶ In vielen Fällen droht der Begriff die Zielkonflikte zu verbergen, die eigentlich einer genuin politischen Auseinandersetzung bedürften, um umfassend legitimierte, kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen.⁷ In diesem Fall wird die Rede von der Nachhaltigkeit zu einem Instrument der Entpolitisierung, ja, sie kann zu einer regelrechten Ideologie werden, wenn die Zielsetzungen und die Wahl der Mittel als alternativlos dargestellt werden.⁸

Niklas Luhmanns Einwände gegen abstrakte Werte wie »Gerechtigkeit« könnten dann auch für »Nachhaltigkeit« gelten: Werte, so Luhmann, seien wie Luftballons; an Feiertagen würden sie aufgeblasen, während an Werktagen unauffällig die Luft herausgelassen werde.⁹ Zur Handlungsorientierung in komplexen, funktional ausdifferenzierten Gesellschaften seien sie nur als rhetorisch notwendige, aber beinahe inhaltsleere »Kontingenzformeln« zu gebrauchen.¹⁰

Ich möchte hingegen einen Beitrag zur Repolitisierung des

6 Michael Rödel, »Die Invasion der ›Nachhaltigkeit‹ – Eine linguistische Analyse eines politischen und ökonomischen Modeworts«, in: *Deutsche Sprache. Zeitschrift für Theorie, Praxis, Dokumentation* 2 (2013), S. 115–141.

7 In diesem Sinne auch Sighard Neckel u. a., *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umriss eines Forschungsprogramms*, Bielefeld 2018.

8 Eine solche kritische Perspektive auf die Nachhaltigkeitsdebatte findet sich z. B. bei Timmo Krüger, »Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung«, in: *Leviathan* 41:3 (2013), S. 422–456.

9 Werte gleichen, so Luhmann, nicht »Fixsternen, sondern eher Ballons, deren Hüllen man aufbewahrt, um sie bei Gelegenheit aufzublasen«. Niklas Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1997, S. 341 f. Werte stellen aus dieser Perspektive das Ergebnis des Versuchs dar, sich nachträglich einen Reim auf das eigene Verhalten zu machen.

10 Dass Luhmanns Sicht auf Moral und Ethik selbst aus systemtheoretischer Perspektive unterkomplex ist, scheint heute Konsens zu sein. Zu dieser bis in die 1970er Jahre reichenden Debatte vgl. auch: Niklas Luhmann, *Die Moral der Gesellschaft*, hg. von Detlef Horster, Frankfurt/M. 2008.

Nachhaltigkeitsbegriffs leisten und in diesem Buch der Frage nachgehen, welche demokratiethoretischen Folgen sich aus dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ergeben.¹¹ Die leitende These lautet, dass das Ziel der nachhaltigen Entwicklung gegenüber den demokratischen Strukturen, Institutionen, Verfahren, ja selbst gegenüber fundamentalen demokratiethoretischen Begriffen wie »Freiheit« nicht neutral ist. Eine nachhaltige Gesellschaft wird nicht auf dieselbe Art und Weise politisch operieren und sich politisch verstehen können wie eine nichtnachhaltige. Vielmehr gibt es eine Art Rückkopplungseffekt, der von der Ebene der *policy* auf die Ebenen von *polity* und *politics* durchschlägt und den es genauer zu verstehen gilt, und zwar im Lichte der bereits thematisierten Verschränkung von empirischer und normativer Perspektive, ohne die Ebenen einfach zu vermischen. Dabei soll im Einzelnen ausgeführt werden, inwiefern normative Ziele konkrete politische Programme notwendig machen, die ihrerseits auf das Verständnis von Demokratie zurückwirken.

1.1 Nachhaltigkeit – demokratieneutral?

Mit meiner leitenden These widerspreche ich einer dominanten Sichtweise, die Nachhaltigkeit als primär technische Herausforderung versteht und in den entsprechenden Debatten und Diskursen eine im weitesten Sinne ingenieurwissenschaftlich-technische Rahmung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung erzeugt: Nachhaltigkeit, so eine verbreitete Vorstellung, sei wie ein »End-of-Pipe«-Problem zu behandeln, bei dem durch technische Innovationen, Effizienzsteigerungen und die Erschließung neuer Ressourcen der Umbau zu einer nachhaltigen Lebensweise sozusagen auf der Hinterbühne der Gesellschaft erfolgen könne, ohne für die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmbar zu sein. Diese technomorphe Verkürzung des Nachhaltigkeitsbegriffs führt dazu, dass die Nachhaltigkeitsdebatte heute in weiten Teilen ohne eine Beteiligung der Politischen Theorie stattfindet.¹² Während ingenieurwissenschaft-

11 Eine solche Repolitisierung der Nachhaltigkeitsdebatte fordert prominent auch Armin Grunwald in: »Statt Privatisierung: Politisierung der Nachhaltigkeit«, in: *GAIA* 20:1 (2011), S. 17-19.

12 Auf die wichtigen Ausnahmen werde ich weiter unten ausführlich eingehen. An

liche, ökonomische, rechtswissenschaftliche und soziologische Perspektiven sehr systematisch miteinander verzahnt werden, bleibt die Frage nach den demokratietheoretischen Implikationen des Begriffs »Nachhaltigkeit« meist ausgeklammert.¹³ Im Folgenden möchte ich zunächst drei mögliche Gründe für diese Situation anführen, um genauer zu erläutern, warum eine Repolitisierung der Nachhaltigkeitsdebatte dringend geboten ist und gegen welche strukturellen Hindernisse diese erarbeitet werden muss.

(a) Der *erste* strukturelle Grund für die vergleichsweise schwache Präsenz demokratietheoretischer Überlegungen in der Nachhaltigkeitsdebatte hängt mit einer These zusammen, die viele normative und empirische Demokratietheorien unausgesprochen voraussetzen. Ihr zufolge sind die Begriffe und Begründungen der Demokratietheorie gegenüber den konkreten Inhalten und Politikfeldern neutral. Wenn beispielsweise John Rawls nach den »Grundstrukturen« einer gerechten Gesellschaft fragt oder Jürgen Habermas Bedingungen für gelingende demokratische Deliberation formuliert, so geschieht dies als Erläuterung *formaler* Bestimmungen unter Absehung von *inhaltlichen* Themen. Nach diesem Schema kann die Politische Theorie »Grundlagen«, »Formen«, Verfahren oder institutionelle Settings angeben, deren inhaltliche Füllung in einem zweiten Schritt erfolgen soll. Rawls' Prinzipien oder Habermas' Deliberationsregeln müssen auf Diskussionen über Gesundheitspolitik, Bildungspolitik oder Steuerpolitik gleichermaßen anwendbar sein. Bezogen auf die Frage der Nachhaltigkeit heißt das: Um den Umbau zu einer nachhaltigen Lebensweise zu gestalten, werden moderne Demokratien zwar vieles ändern müssen, zum Beispiel die Energiepolitik, den Ressourcenverbrauch und das Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger; was sie aber nicht ändern

dieser Stelle seien bereits stellvertretend genannt: John S. Dryzek, *The Politics of the Earth. Environmental Discourses*, Oxford 2005; John Barry, »Greening Liberal Democracy: Practice, Theory and Political Economy«, in: ders., Marcel Wissenburg (Hg.), *Sustaining Liberal Democracy. Ecological Challenges and Opportunities*, New York 2001, S. 59-88; John Barry, »Towards a Green Republicanism: Constitutionalism, Political Economy, and the Green State«, in: *The Good Society* 17:2 (2008), S. 1-12; ders., *The Politics of Actually Existing Unsustainability*, Oxford 2012; Bernward Gesang (Hg.), *Kann Demokratie Nachhaltigkeit?*, Wiesbaden 2014; Birnbacher, Thorseth (Hg.), *The Politics of Sustainability*.

13 Diese ließe sich z. B. an den Curricula entsprechender neuer, interdisziplinärer Studiengänge im Einzelnen belegen.

müssen, sind die Begriffe und Verfahren des demokratischen Willensbildungsprozesses. Diese Neutralität gegenüber einzelnen *policies* muss vorausgesetzt werden, wenn die Politische Theorie *allgemeine* Aussagen über die Legitimation politischer Institutionen und Verfahren erbringen will.¹⁴ Die Frage eines Umbaus moderner Wirtschaftskreisläufe hin zu einem nachhaltigen Wirtschaften ist dann ein Problem unter vielen, ja vor allem: ein Problem *wie andere auch*.

Eine solche Perspektivierung des Problems ergibt sich sowohl für Rawls' »ideale« Gerechtigkeits-theorie als auch für Habermas' Konzept deliberativer Demokratie. Auch Axel Honneths Theorie demokratischer Sittlichkeit, Michael Walzers Kommunitarismus und Philip Pettits Neorepublikanismus behandeln beinahe ausschließlich die *Beziehungen zwischen Menschen* und setzen dabei deren Beziehung zu ihrer Umwelt einfach voraus.¹⁵ »Gerechtigkeit«, »Herrschaft«, »Anerkennung« – alle diese Leitbegriffe der Politischen Theorie sind Relationsbegriffe, die sich auf die Beziehungen zwischen Menschen beziehungsweise zwischen Bürgerinnen und Bürgern beziehen, nicht auf ein System, in dem Mensch und Umwelt in Wechselwirkung gedacht werden.¹⁶ Die Vorstellung, diese sozialen Beziehungen ließen sich in einem ersten Schritt *formal* ordnen, um dann in einem zweiten Schritt mit konkreten *Inhal-*

14 Die *polity*, ja selbst noch die Form der *politics* müssen gegenüber den *policies* unabhängig sein: Wenn die Demokratietheorie nach der Form demokratischer Institutionen und Prozesse fragt, muss es ihr egal sein, *worüber* in diesen gerade debattiert und entschieden wird.

15 Siehe exemplarisch: John Rawls, *Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt/M. 1979; Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt/M. 1998; Axel Honneth, *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*, Berlin 2011; Michael Walzer, *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*, Frankfurt/M. 1992; Philip Pettit, *Republicanism. A Theory of Freedom and Government*, Oxford 1999. Vor allem die Debatte über Tierrechte hat dazu beigetragen, die anthropozentrische Tradition der Politischen Theorie systematisch zu hinterfragen. Vgl. zu den politiktheoretischen Implikationen der Tierrechtsdebatte z. B. Sue Donaldson, Will Kymlicka, *Zoopolis. Eine politische Theorie der Tierrechte*, Berlin 2013.

16 Eine Ausnahme bildet hier Hartmut Rosas Begriff der *Resonanz*, der in expliziter Abgrenzung zu Honneths Begriff der *Anerkennung* auch Verhältnisse von Mensch und Natur mit einschließen soll. Siehe Hartmut Rosa, *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*, Berlin 2016.

ten gefüllt zu werden, gewinnt ihre Plausibilität nicht zuletzt durch die Nähe politischer Ordnungsvorstellungen zum Verfassungsrecht.

Auch hier findet sich seit dem Konstitutionalismus des 18. Jahrhunderts das Schema einer in Grundrechten und einer ausformulierten Verfassung definierten *formalen* Ordnung, die den politischen Willensbildungsprozess für die konkrete *inhaltliche* Bestimmung definiert.¹⁷ Disziplinär reflektiert die Rechtswissenschaft diese Vorstellung in der Ausdifferenzierung von Staatsrecht, Strafrecht und Zivilrecht. Während das Staatsrecht gewissermaßen ein Gefäß darstellt, für dessen Umgestaltung besonders hohe Hürden gesetzt sind, können die Inhalte von Straf- und Zivilrecht einfacher geändert werden. Spielregeln einerseits und Spielzüge andererseits stehen sich hier scheinbar unvermittelt gegenüber.¹⁸

Das oben genannte Schema könnte man auf die Formel der *Demokratieneutralität der Nachhaltigkeit* bringen: Die »große Transformation«, von der der damalige Leiter des Potsdam-Instituts für Klimaforschung (PIK) Hans Joachim Schellnhuber im Zusammenhang mit dem Umbau zu einem nachhaltigen Wirtschaften sprach,¹⁹ würde aus dieser Sicht unsere Demokratietheorie, unsere politischen Grundbegriffe (zum Beispiel Freiheit, Gleichheit, Men-

17 Zu den Differenzen zwischen verschiedenen Traditionen vgl. die klassischen Arbeiten von Ulrich K. Preuß, insbesondere: Ulrich K. Preuß, »Der Begriff der Verfassung: Analyse der allgemeinen Grundlagen«, in: ders. (Hg.), *Zum Begriff der Verfassung. Die Ordnung des Politischen*, Frankfurt/M. 1994, S. 7-33.

18 Scheinbar ist dieser Gegensatz insofern, als de facto immer auch Verfassungsänderungen – oder im Falle der USA Verfassungsergänzungen (*amendments*) – möglich waren und sind. Die dabei zugrunde liegende philosophische Frage betrifft die Dialektik von Form und Inhalt, wie sie von Hegel in der *Wissenschaft der Logik* in Abgrenzung zu Kant entwickelt wird: G.W.F. Hegel, *Wissenschaft der Logik II*. Erster Teil: Die objektive Logik, Zweites Buch, Zweiter Teil: Die subjektive Logik, Frankfurt/M. 1986, S. 94-96. Vgl. auch ders., *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften I*, Frankfurt/M. 1970, bes. die Ausführungen in § 133, wo Hegel die beiden Kategorien dem »reflektierenden Verstand« zuordnet. Homers *Ilias* und Shakespeares *Romeo und Julia* dienen ihm zur Veranschaulichung der These, dass der Inhalt unangemessen zusammengefasst ist, wenn dabei über die Form nichts gesagt wird. Zu Hegels Dialektik von Form und Inhalt vgl. Emil Angehrn, *Freiheit und System bei Hegel*, Berlin 1977, S. 94 ff.

19 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation (Hauptgutachten)*, Berlin 2011.

schenwürde) unberührt lassen. Die nachhaltige Gesellschaft würde sich demnach technisch und vielleicht auch ökonomisch von der gegenwärtigen unterscheiden, nicht jedoch politisch. Eine *politische* Theorie nachhaltiger Lebenswelten wäre aus dieser Sicht gar nicht nötig, weil technische, soziologische oder städteplanerische Antworten die Transformation vollständig zu bewältigen in der Lage sind.

(b) Zur unterstellten Demokratieneutralität kommt *zweitens* eine sozialstrukturelle Komponente hinzu, die die Sonderstellung ökologischen Denkens im Spektrum politischer Ideologien aus einer wissenssoziologischen Perspektive verständlich macht. Anders als Begriffe wie »Tradition«, »Nation«, »Freiheit« oder »soziale Gerechtigkeit« hatte das Anliegen der Nachhaltigkeit keine weltanschaulich oder sozialstrukturell eindeutig zuzuordnenden Trägergruppen.²⁰ Konservatives Gedankengut konnte bei Grundbesitzern, Landwirten oder in Kirchenkreisen auf Unterstützung hoffen; liberale Ideen fanden ihre Bannerträger unter dem aufstrebenden Bürgertum, bei Selbstständigen und Unternehmern; die Lösung der sozialen Frage hatte mit den Industriearbeitern über einen gewissen Zeitraum eine Trägergruppe, bei der ebenfalls Ideen und Interessen konvergierten. Die ökologische Bewegung indes war seit ihren Anfängen eine heterogene Ansammlung verschiedenster Anhänger, deren Spektrum von linken Anarcho-Spontaneisten über adelige Grundbesitzer bis hin zu romantisch-konservativen Naturschützern reichte.²¹ Man könnte dieses lose Band zwischen nachhaltiger Politik und denjenigen, die sich für sie einsetzen, auch so beschreiben, dass »Nachhaltigkeit« ein zu abstraktes Interesse darstellt, um tatsächlich politische Gruppen systematisch zu mobilisieren. Es gibt keine sozialen Gruppen, deren Interesse an Nachhaltigkeit *spezifisch* begründbar ist – während es sehr wohl Gruppen geben kann, die ein genuines Interesse an freien Märk-

20 Zu diesem Verhältnis vgl. die klassische wissenssoziologische Studie: Karl Mannheim, *Ideologie und Utopie* (1929), Frankfurt/M. 81995.

21 Bekanntlich drückte sich dies in dem Satz aus: »Ökologisch ist weder links noch rechts, sondern vorne.« Zur komplexen und von großer sozialer Heterogenität geprägten Geschichte der Umweltbewegung in Deutschland vgl. Ludger Vollmer, *Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei – Eine Bilanz*, München 2009. Den interationalen Kontext arbeitet Serge Audier in einer breiten Diskursgeschichte auf: Serge Audier, *La société écologique et ses ennemis*, Paris 2017.

ten oder umfassender Sozialgesetzgebung haben. Anders als reaktionäres, konservatives, liberales oder sozial-emanzipatives Denken stieß eine mögliche politische Theorie der Nachhaltigkeit nicht auf eine durch soziale Milieus strukturierte Nachfrage. Erst die Fridays-for-Future-Bewegung leitete hier bis zu einem gewissen Grad einen Paradigmenwechsel ein: Es ist das Alter, die Zugehörigkeit zu einer Generation der (zukünftig) Betroffenen, die eine verbindende Motivation herstellt.

(c) Zu der nur lockeren Beziehung zwischen inkohärentem Ideenhaushalt und heterogener Trägergruppe kommt ein *dritter* Aspekt hinzu, der mit dem Zeitpunkt zusammenhängt, an dem sich so etwas wie ein ökologisches Bewusstsein zu formieren begann. Während die anderen Familien politischer Ideologien – Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus – ihre Wurzeln im 17., 18. und 19. Jahrhundert haben (man denke an die wegweisenden Arbeiten von John Locke, Edmund Burke und Karl Marx), setzt die Verbreitung ökologischer Ideen zu einem Zeitpunkt ein, an dem »Weltbilder« oder »Meistererzählungen« bereits in eine Krise gerieten.²² Jean-François Lyotards *La condition postmoderne* beschrieb 1979 eine bereits weitverbreitete Skepsis gegenüber den »méta-récits«.²³ Schon zu Beginn der 1970er Jahre ließ sich nicht mehr, wie noch im 19. Jahrhundert, ein schlüssiges Gesamtkonzept, eine in die Breite wirkende politische Theorie mit ideologisch-motivierender Kraft entwickeln. Konservatismus, Sozialismus und Liberalismus verfügten als politische Ideologien über entsprechende politische My-

22 Aus den großen Auseinandersetzungen, die das »Zeitalter der Ideologien« (Klaus von Beyme) auszeichneten, scheinen ja alle Trägergruppen mit spezifischen Gewinnen hervorgegangen zu sein: Der Konservatismus erhielt Sonderkonditionen für religiöse Gemeinschaften, den Schutz der Familie, den Denkmalschutz, die weitgehende Absicherung des Privateigentums etc. Der Liberalismus hat insofern gesiegt, als die Freiheiten des privaten Lebensstils ebenso unwidersprochen sind wie die des Unternehmertums. Und auch die »soziale Frage« scheint heute durch die progressive Einkommenssteuer, den Kündigungs- und Mieterschutz sowie die Mechanismen der sozialen Grundsicherung in ihrer Dramatik entschärft. Dass alle diese Antworten immer von den einen als unzureichend, von den anderen als unzeitgemäß kritisiert werden, ist unbestritten. Aber der Modus der entsprechenden Auseinandersetzung scheint in den gefundenen Bahnen demokratischer Willensbildung halbwegs zu funktionieren.

23 Jean-François Lyotard, *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*, Wien 1986 (überarbeitete Neuausgabe; das frz. Orig. erschien 1979).

then und literarisch ausgemalte Utopien – die Ökologiebewegung indes konnte sich nur in Ansätzen auf ähnliche Elemente beziehen.²⁴ Zum Zwecke der Motivation konnte die Umweltbewegung vor allem auf Dystopien verweisen, auf Szenarien von Atomkatastrophen, saurem Regen, Waldsterben oder die schleichende Vergiftung von Natur und Mensch. Positive Szenarien mussten sich hingegen meist auf recht vage Vorstellungen einer künftigen Harmonie zwischen Mensch und Natur oder gar auf eine Rückkehr zu einer imaginierten ursprünglichen Einfachheit beschränken (vgl. unten, 2.5).

Die drei genannten Faktoren – die dominante These von der Demokratieneutralität der Nachhaltigkeit, die heterogene soziale Trägergruppe des Nachhaltigkeitsthemas und der Eintrittszeitpunkt des Themas in den Diskurs der Moderne – machen plausibel, warum die Politische Theorie die Frage der Nachhaltigkeit meist als nur *ein* Thema *unter anderen* behandelt. Warum und inwiefern das Thema Nachhaltigkeit auch eine demokratietheoretische Dimension enthält, ist vor diesem Hintergrund begründungsbedürftig. Eine solche Begründung werde ich einleitend dadurch leisten, dass ich die Bedeutung des politischen Ziels der Nachhaltigkeit für die *Lebenswelten* der Bürgerinnen und Bürger aufzeige. In einem ersten Problemaufriss ist herauszuarbeiten, dass eine nachhaltige Entwicklung nicht nur technische Innovationen, sondern auch einen kulturellen Wandel, ja eine Transformation der Lebenswelt in den industrialisierten Gesellschaften unvermeidlich macht. Dazu ist es jedoch nötig, zunächst einer auf die Dimension der Technik verkürzten Lesart des Begriffs der Nachhaltigkeit zu widersprechen.

1.2 Nachhaltigkeit: technisch, kulturell, lebensweltlich

Unter der Annahme der Demokratieneutralität von Nachhaltigkeit wird das Ziel der Nachhaltigkeit als bloß technische Herausforderung behandelt. Die Aufgaben des Ressourcenschutzes, des Klimaschutzes, ja der Nachhaltigkeit insgesamt sind aus dieser Sicht mit

24 Man denke z. B. an die in den 1970er Jahren berühmt gewordene Weissagung (»Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.«), die angeblich auf den Indianerhäuptling Seattle zurückgehen soll.

den Ideen, Begriffen und Institutionen, die seit Mitte des 18. Jahrhunderts entstanden sind, vollumfänglich zu bewältigen. Da die problematischen langfristigen Wirkungen menschlichen Handelns vor allem durch technische Innovationen möglich geworden sind, sei es auch eine technische Herausforderung, diese Wirkungen wieder zu minimieren. Heilen soll also jene Waffe, die die Wunde schlug. Wie bereits erwähnt, gibt es aus dieser Perspektive keinen strukturellen Unterschied, ob ein Parlament über die Gesundheitspolitik, die Verteidigungspolitik oder eben die Klimapolitik debattiert: Immer und überall sind Probleme komplex, durch internationale Verflechtung gekennzeichnet und betreffen mehr als eine Generation. Steuerreformen, Bildungspläne und die Frage des Klimaschutzes würden dann allesamt zu ein und derselben Kategorie von Entscheidungen gehören. Und die Hoffnung wäre, dass auch die »große Transformation« zumindest auf lange Sicht mit demselben Erfolg und mit ähnlich geringen Folgen für die demokratischen Institutionen bewältigt werden könnte wie andere Herausforderungen.

Diese Perspektive auf das Verhältnis von Nachhaltigkeit und Demokratie beansprucht mit Nachdruck einige Plausibilität. Ist Nachhaltigkeit nicht vielleicht doch ein »End-of-Pipe«-Problem, die Rede von der »großen Transformation« also eine bloße Übertreibung? Dann wäre Nachhaltigkeit tatsächlich »ein Fall für die Experten«, wie der FDP-Vorsitzende Christian Lindner behauptete.

In vielen Bereichen hat die Umweltpolitik in der Tat spektakuläre Erfolge erzielt, die vor wenigen Jahrzehnten undenkbar schienen. Die Luftqualität hat sich in vielen entwickelten Ländern rasant verbessert, das Wasser vieler Binnengewässer ist wieder trinkbar, das Waldsterben scheint wenn nicht gestoppt, so doch kontrollierbar geworden zu sein und das Ozonloch verkleinert sich, wenn auch sehr langsam.²⁵ Es ist also durchaus verständlich, dass jene, die einen technisch begründeten Optimismus verbreiten und die zahlreichen Beispiele für erfolgreiche Innovationen auflisten, öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen.²⁶ Nichtsdestotrotz ist die These,

25 Allerdings trüben das Sterben der Insekten, die Belastung des Grundwassers mit Nitrat und die Verschmutzung der Weltmeere mit Mikroplastik usw. die vorgeblich positive Bilanz der Umweltpolitik doch deutlich ein, die zudem häufig unter einem »nationalen Blick« leidet.

26 Vor allem die steigende Lebenserwartung wird oft als Beleg dafür herangezogen.